

Hildesheimer Allgemeine Zeitung

DEUTSCHLANDS ÄLTESTE TAGESZEITUNG



UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTEILICH



Sein Freund der Ball:
Omar El-Zein ist Globetrotter
Freestyler und Knipser Seite 9

Wilder Raser auf A 7:
Mit 218 Sachen durch eine
Tempo-130-Zone Seite 20

Streit bei Coca-Cola:
Warnstreik legt Produktion
bei Abfüller lahm Seite 19



Freitag, 25. Januar 2013 · Nr. 21

Gegründet 1705 · Preis 1,40 €

Ampelmord hat juristisches Nachspiel

Hildesheim (pr). Rund sechs Monate nach der Urteilsverkündung im sogenannten Ampelmord-Prozess wird es ein juristisches Nachspiel geben. Derzeit bereitet die Hildesheimer Staatsanwaltschaft mehrere Anklagen gegen Familienangehörige des verurteilten Mörders vor: wegen Bedrohung, Beleidigung und Widerstand gegen Justizbeamte. Nach dem Prozess war es zu tumultartigen Szenen gekommen. Darüber hinaus müssen sich acht Zeugen wegen uneidlicher Falschaussage vor Gericht verantworten.

► Neue Klagen Seite 17

Heute: Kinderseite



Gut geschlafen? Warum man nachts klüger und größer wird, lest ihr heute. Außerdem geht es um eine Bob-Bahn aus Schnee, eine Rodel-Party und mächtig Ärger in Europa. Seite 18

Hildesheim

Hildesheimer knackt Jackpot
Kreis Hildesheim. Ein Lottospieler aus der Region hat den Jackpot geknackt und mehr als 10 Millionen Euro gewonnen. Unklar ist, ob der Gewinner in Stadt oder Landkreis wohnt. Seite 20

B 6: Unfall endet glimpflich
Wartenstedt. Schon wieder ein Unfall auf der B 6: Zwei Autofahrer sind bei Wartenstedt schwer verunglückt. Dabei kamen sie glimpflich davon, sie wurden lediglich leicht verletzt. Seite 20

Steuern sollen steigen
Eberholzen. In der Gemeinde Eberholzen sollen die Grundsteuern A und B um mehr als zehn Prozent steigen. Die Gemeinde will dadurch ihren Haushalt ausgleichen und Auflagen des Landkreises erfüllen. Seite 23

NEWS & SERVICE RUND UM DIE UHR:
www.hildesheimer-allgemeine.de

Heute

Mitarbeiterinnen gefilmt
Welt im Spiegel: Jahrelang wurden die Mitarbeiterinnen einer Zahnarztpraxis von ihrem Chef gefilmt. Nur durch Zufall flog die Sache auf. Seite 14

96 mit drei Neuen
Sport: Mit drei neuen Spielern in der Startelf will Fußball-Bundesligist Hannover 96 morgen die Flut an Gegentoren bekämpfen. Gegen Wolfsburg geben Sebastian Pocognoli, André Hoffmann und Johan Djourou ihr Heimspieldebüt. Seite 7

Service

Das Wetter

Anfangs Nebel, später wolkig mit Aufheiterungen. Schwacher Wind aus Südost. Seite 16

Börse

Dax 7748,13 (+40,59)
Dow Jones (Schluss) 13825,17 (+0,33)
Euro (EZB) 1,3349 (1,3330) Dollar

Kontakt

Anschrift: Hildesheimer Allgemeine Zeitung
Postfach 100 555
31105 Hildesheim
Telefon: (0 51 21) 106-0
Redaktion: (0 51 21) 106-303
Kleinanzeigen: (08 00) 106-71 00*
Zustellservice: (08 00) 106-72 00*
Fax: (0 51 21) 106-217
Internet: www.hildesheimer-allgemeine.de
*kostenlos aus dem Inland



Sendepause für Edwin

Landgericht Hildesheim untersagt Jürgen Meier Ausstrahlung von Krimi „Memories“



► Hildesheim-Krimi Seite 13 Seit 2005 produziert Jürgen Meier seine Krimi-Serie mit Radio Tonkuhle. Jetzt herrscht Funkstille in Sachen Edwin. Foto: Hartmann

Gewerkschaften verlangen 6,5 Prozent und mehr

Deutschland steht in diesem Jahr vor harten Tarifrunden

VON ALEXANDER DAHL

Hannover. Deutschland steht in diesem Jahr vor einer Flut von harten Tarifaussensetzungen. Die Gewerkschaften verlangen quer durch die Branchen ein Plus von 6,5 Prozent und mehr. Den Anfang macht in diesem Monat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die für die Bediensteten der Bundesländer und für die Beschäftigten in der Energiewirtschaft ein Einkommensplus von 6,5 Prozent fordert. Das Sicherheitspersonal an den Flughäfen verlangt sogar ein Plus von 30 Prozent.

Die Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt gab gestern bekannt, für die 750 000 Bauarbeiter 6,6 Prozent mehr Lohn zu fordern. In 78 Branchen wird in diesem Jahr um die Gehälter für rund 13,7 Millionen Beschäftigte gerungen. Dabei gibt sich auch die Arbeitgeberseite alles andere als kleinlaut: Gestern kündigte der Einzelhandelsverband überraschend alle Tarifverträge und for-

derte eine „Modernisierung der Entgeltstruktur“. ver.di sprach von einem „Generalangriff“.

„Nach vielen Jahren des Reallohnverlustes ist es ein Gebot der Stunde, über höhere Lohnabschlüsse die Binnennachfrage zu stärken“, sagt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske der HAZ. Auch die IG Metall setzt in diesem Jahr voll auf Gehaltserhöhungen. „Qualitative Forderungen“ wie mehr Mitbestimmung oder die Übernahme von Lehrlingen, die im vergangenen Jahr die Verhandlungen komplex gestaltet hatten, soll es nicht geben.

„Beschäftigte brauchen einen fairen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung“, betonte zuletzt IG-Metall-Chef Berthold Huber. Die genaue Forderung gibt er am 15. März bekannt. Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie will im Herbst „im Licht der wirtschaftlichen Entwicklung“ entscheiden, wie hoch der Lohnzuschlag sein werde, sagte ein Sprecher.

Bei den Arbeitgebern stoßen die Forderungen auf herbe Kritik. „Selbst wenn ich in Rechnung stelle, dass Gewerkschaften gewohnheitsmäßig überziehen, sind 6,5 Prozent nicht nachvollziehbar“, sagte unlangst Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt. Der Produktivitätszuwachs der Wirtschaft in diesem Jahr werde 0,6 Prozent betragen; „da sind Forderungen von mehr als dem Zehnfachen für Lohnerhöhungen nicht begründbar“. Hundt plädiert für mehr Öffnungsklauseln und verschiebbarer Einmalzahlungen sowie andere betriebliche Abweichungsmöglichkeiten statt starrer Gehaltsaufschläge.

Auch niedersächsische Unternehmen fordern Lohnzurückhaltung. „Die konjunkturelle Situation ist deutlich schwächer als im Vorjahr. Wir brauchen für die anstehenden Tarifrunden Abschlüsse mit Augenmaß“, sagt Volker Müller, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände. Unbedingt nötig seien flexible Tarifverträge.

Bremen will Wahlrecht für alle

Nicht-EU-Bürger sollen mitentscheiden dürfen

VON ECKHARD STENGEL

Bremen. Als erstes Bundesland will das rot-grün regierte Bremen das Ausländerwahlrecht so ausweiten, dass Zugewanderte aus anderen EU-Staaten das Bremer Landesparlament mitwählen dürfen. Nicht-EU-Bürger sollen sich zumindest an den Wahlen zu den Stadtteilbeiräten beteiligen können. Eine entsprechende Wahlrechtsreform billigte die Bremische Bürgerschaft, der Landtag des Zwei-Städte-Staates, am Donnerstag in erster Lesung. Zugleich beschlossen die Abgeordneten, den Gesetzentwurf vor der endgültigen Verabschiedung zunächst dem Bremer Staatsgerichtshof vorzulegen. Er soll feststellen, ob eine solche Ausweitung des Wahlrechts verfassungskonform ist. Nach Urteilen des Bundesverfassungsgerichts von 1990 und des Staatsgerichtshofs von 1991 wäre ein erweitertes Ausländerwahlrecht nicht zulässig.

Die rot-grüne Koalition und auch die Linke meinten in der Debatte, dass sich die Wirklichkeit seit damals EU-weit geändert habe. Deshalb müsse jetzt geklärt werden, ob nicht die Gerichte heute zu anderen Einschätzungen kämen. Es widerspreche einer „modernen Vorstellung von Demokratie“, wenn Menschen hier seit Jahren lebten und von Parlamentsentschlüssen mitbetroffen seien, ohne selber wählen zu dürfen. Durch mehr Teilhabe werde auch die Integration gefördert, meinten die Befürworter.

Von den 661 000 Einwohnern Bremens und Bremerhavens sind fast 82 000 Ausländer. Davon kommen 24 000 aus der EU. Sie dürfen bisher nur an Kommunalwahlen teilnehmen, nicht aber den Landtag mitwählen. Die fast 58 000 Nicht-EU-Bürger dürfen bislang gar nicht mitbestimmen.

Merkel kommt Cameron entgegen

Davos (dpa). Ungeachtet der Kontroverse um einen möglichen EU-Ausstieg Großbritanniens haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Premierminister David Cameron einhellig eine weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas angemahnt. Dies sei „das zentrale Thema für die Zukunft“, sagte Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Sie verwies dabei ausdrücklich auf Übereinstimmung mit Cameron. Nur so könne Wohlstand in Europa gesichert und erweitert werden.

► David gegen Goliath Seite 3

23 Milliarden Euro Steuern hinterzogen

Rom (afp). Italiens Finanzpolizei ist Steuerbetrügereien im Umfang von mehr als 56 Milliarden Euro auf die Schliche gekommen. Sie habe 2012 insgesamt 11 769 mutmaßliche Steuerhinterzuger identifiziert. Mehr als 8600 von ihnen hatten demnach noch nie Steuern gezahlt; dem Staat entgingen dadurch Einnahmen in Höhe von 22,7 Milliarden Euro. Weitere 17,1 Milliarden Euro an entgangener Steuer seien der Gründung von Scheinfirmen in Steuerparadiesen geschuldet. Darüber hinaus seien den Fahndern 16 000 Schwarzarbeiter ins Netz gegangen.

Frauen kämpfen an vorderster Front

Washington (dpa). Frauen in der US-Armee sollen künftig an vorderster Front kämpfen dürfen. Das Pentagon plant, den generellen Ausschluss von Soldatinnen vom direkten Kampfeinsatz aufzuheben. Durch die Neuregelung würden Hunderttausende Soldatinnen auch für Frauen möglich sein, schrieb unter anderem die „New York Times“. Die bisherigen Vorschriften dienten dazu, Frauen möglichst hinter der Front zu stationieren und aus Gefechten herauszuhalten.

► Ab ins Gefecht? Seite 4

Mit dem Peilsender gegen Schummelhandys

Ein Gymnasium rüstet zum elektronischen Gegenangriff: Wird das Smartphone eingeschaltet, ertönt ein Warnsignal

VON ULF B. CHRISTEN

Wer braucht noch einen Spickzettel? Handys und Smartphones haben das Papier als Schummelhilfe in der Schule längst abgelöst – zum Ärger der Lehrer. Es gibt keine Schule, in der nicht heftig über den Umgang mit Handys diskutiert wird. Das Friedrich-Schiller-Gymnasium im schleswig-holsteinischen Preetz setzt zum elektronischen Gegenschlag an: Peilsender orten aktive Handys in der Schule und schlagen Alarm. „Ein besonderes Problem sind die Klassenarbeiten und insbesondere die Abi-Klausuren“, berichtet Schulleiterin Anja Grabowky bereits im Dezember. Ihre Antwort auf immer raffiniertere Schummelversuche: Die Schüler müssen ihre Mobilfunkgeräte nicht nur wie in anderen Gymnasien vor Klausuren abschalten und auf einem Sammeltsch-

deponieren. Im Klausorraum und dem dazugehörigen Toiletentrakt werden zwei mobile Peilsender aufgestellt. Die buchgroßen Geräte schlagen an, wenn ein Handy in Kontakt mit einem Funkmast tritt. Dann leuchtet eine kleine rote Warnlampe. Zudem gibt das Gerät Alarm, mit einem ohrenbetäubenden Sirenen. Im Ernstfall müssen alle Schüler ihre Stifte so lange beiseitelegen, bis das Handy gefunden ist.

Aufgestellt werden die Sender vor allem in der Oberstufe, bei den Abi-Arbeiten und den Vor-Klausuren. Zum Einsatz kam die Schummelkontrolle aber auch schon bei jüngeren Schülern, und zwar „immer dann, wenn wir das Gefühl haben, dass in einer Klasse häufiger gemogelt wird“, sagt Grabowky. Informatiklehrer Torsten Röhl hält das System für „absolut sicher“. Einige Schüler hätten selbst auf mehr Kontrolle gedrungen. Sie hätten es unfair gefun-



Schummeln verboten: Handy im Schulunterricht. Finn

den, dass Mitschüler sich mithilfe des Handys einen Vorteil und bessere Noten verschaffen würden. Manche Schüler hätten am liebsten den gesamten Internetverkehr in der Schule kontrollieren lassen, berichtet der Lehrer. „Aber wir sind doch keine Überwachungsschule.“

Das Bildungsministerium in Kiel ist sich da offenbar nicht ganz sicher. Nach einer Anfrage der Piraten im Landtag erhebt das Ministerium jetzt rechtliche Bedenken gegen den Einsatz des Handy-Detektors an Preetzer Gymnasium – man will jetzt eine juristische Expertise einholen. Das Ministerium befürchtet einen Eingriff in Persönlichkeitsrechte der Schüler. „Das wäre sicherlich der Fall, wenn einzelne Schüler anhand ihres eingeschalteten Handys durch die technische Überwachung geortet werden könnten“, sagte ein Ministeriumssprecher. In Niedersachsen wartet man gespannt auf diese Prüfung. Ob eine Schule im Land den Detektor nutzt, wissen die Behörden in Hannover nicht.

Auf dem Markt ist das Gerät schon seit einiger Zeit. Entwickelt wurde es in einem Schülerprojekt einer Waldorfschule in Stuttgart – weil die Handys dort besonders nervten. (mit: dpa)

finke CITROËN
1,1% Finanzierung
bis zu **40% Rabatt** auf ausgewählte
Vorführgewagen
0€ Anzahlung **2 Jahre** Garantie
www.auto-finke.de
HILDESHEIM/Emmerke: Industriest. 6
HILDESHEIM/Bavenstedt: Daimlering 39 - 41
LAATZEN/Rethen: Lübecker Str. 13

Tarife Gute Gründe

VON LARS RUZIC

Die IG Metall in Hannover hatte ihre Betriebsräte in dieser Woche zu einer bemerkenswerten Veranstaltung geladen. Vor dem Beginn der eigenen Tarifrunde wollten sich die Gewerkschafter einmal auf den Stand dessen bringen, was im Rest Europas vor sich geht. Und das ist beileibe nicht wenig: In zwei von drei EU-Ländern sind die Reallöhne derzeit auf Talfahrt. Mehrere Krisenländer am Mittelmeer ermöglichen den Unternehmen inzwischen massenhafte Tarifflocht.

Sie gehören der Not: Schließlich hat ihnen die Troika aus EU, Zentralbank und Währungsfonds eine Liberalisierung der Arbeitsmärkte auferlegt. Zu viele Betriebe stecken zudem inzwischen im Überlebenskampf, sodass ihnen gar nichts anderes übrig bleibt, als Löhne zu kürzen. Es droht das Ende des Tarifgefüges ähnlich wie einst in Großbritannien. Dort arbeitet heute nur noch jeder Dritte unter dem Schutz eines Tarifvertrages – wettbewerbsfähiger ist das Land dadurch auch nicht geworden.

Eine Insel mitten in Europa?

Angesichts solch gewaltiger Umwälzungen in vielen Ländern Europas mag mancher Deutschland als Insel der Seligen empfinden. Die Wirtschaft stockt derzeit zwar – doch sogar die Arbeitgeber sprechen nur von einer „Wachstumpause“. Die meisten Ärgern rechnen spätestens in der zweiten Jahreshälfte wieder mit einem Aufschwung. Gerade der Industrie scheint es bislang recht gut zu gehen, Einbrüche in Europa durch wachsendes Geschäft in Übersee mehr als aufzufangen. Die börsennotierten Konzerne legen in diesen Wochen – von Ausnahmen abgesehen – ansehnliche Bilanzen für 2012 vor, Dividenden und Vorstandsaläre dürften vielerorts steigen.

Hinzu kommt, dass Deutschland ausgerechnet in den Jahren, in denen die europäischen Nachbarn kräftig hingelagert hätten, Reallohnverluste hinnehmen musste. Im letzten Jahr blieb für die Tarifbeschäftigten über alle Branchen immerhin unterm Strich ein reales Plus von 0,7 Prozent. Aber bei den Gewerkschaften herrscht die Stimmung vor, dass das noch nicht alles sein kann. Entsprechend selbstbewusst gehen sie in die Verhandlungen.

Die gut 6,5 Prozent mehr, die sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder, bei der Bahn, in der Energiewirtschaft und im Bauhauptgewerbe wünschen, liegen keinen Deut unter den Forderungen des vergangenen Jahres. Diese Branchen gehen als erste in die Verhandlungen und legen damit auch die Messlatte für andere: Über die Löhne von fast 14 Millionen Beschäftigten wird in diesem Jahr zu reden sein.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Verhandlungen ist enorm. Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Ökonomen fordern bereits hohe Abschlüsse, damit die Binnenwirtschaft angekurbelt wird. Sie gehen sogar noch weiter: Deutschland müsse Europa helfen, indem die Menschen hierzulande spürbar mehr Geld für den Konsum zur Verfügung haben, lautet ein Argument. Peter Bofinger, einer der Fünf Weisen, forderte unlangst zusätzlich zum durch den Produktivitätszuwachs gerechtfertigten Lohnplus sogar noch einen zwepzigprozentigen Zuschlag für die Euro-Rettung.

Es geht nicht um Feta und Reisen

Dieses sogenannte Kaufkraftargument gehört zum Standardrepertoire der Gewerkschaften. Durch ständiges Wiederholen wird es nicht richtiger, ätze unlangst Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt – und hat recht damit. Es ist überhaupt nicht ausgemacht, dass ein Bundesbürger seine Lohnsteigerungen sofort in Einkäufe umsetzt. Und selbst wenn: Die Wahrscheinlichkeit ist höher, dass er sein Geld in Textilien aus Bangladesch, Handys aus China oder in die Erneuerung seines Badezimmers mit dem Handwerker um die Ecke steckt, als dass er einen extralangen Solidaritätsurlaub in Spanien einlegt oder seinen Feta-Konsum ankurbelt. Mit deutschen Tarifverhandlungen lässt sich nicht mal eben kurz die Welt retten.

Ohnehin haben die Gewerkschaften es gar nicht mehr nötig, das Kaufkraftargument zu strapazieren. In der Metall- und Elektroindustrie dürften die Verhandlungen diesmal aus Arbeitnehmerperspektive zum rechten Zeitpunkt stattfinden – denn ausgerechnet von Mai an, wenn die Konjunktur wieder richtig anziehen könnte, sind Warnstreiks möglich. Und selbst im öffentlichen Dienst, wo sich kaum mit Produktivitätsfortschritten rechnen lässt, verbessert sich langsam die Position der Gewerkschaft. Der demografische Wandel wird es den Behörden in den nächsten Jahren immer schwerer machen, an neue Leute zu kommen – wenn sie nicht wenigstens ansatzweise mit den Löhnen in der Wirtschaft mithalten können.